

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses der Stadt Eschweiler am 28.11.06, 16.30 Uhr, zunächst in den Räumen des SKF e.V. Peilsgasse 1- 3, Eschweiler, nach Abstimmung über Top 2 Fortsetzung im Rathaus, Rathausplatz 1, Raum 7 um 17.30 Uhr.

Anwesend waren

a) Ratsmitglieder

SPD:

Agnes Zollorsch, Stephan Löhmann, Nicole Dickmeis, Wilhelm Koch, Dieter Weis-
haupt,

CDU: ab 17.30 Uhr

Regina Faschinger, Othmar Krauthausen, Ralph Willms, Frank Kortz,

b) Sachkundige Bürger

SPD:

Willi Broschk, Günter Sauer, Ilse Frohn, ab 17.30 Herbert Brüsseler

CDU:

Ruth Felber, Jacqueline Mertens

UWG:

Peter Schubert

Bündnis 90/Die Grünen:

Dietmar Widell

FDP:

Dorothea Weißels

c) Sachkundige Einwohner:

Peter-Heinz Bauer, Gerd Becker, Monika Leuchter, Wilfried Pinhammer, Mariethres
Kaleß

d) Verwaltung

Manfred Knollmann
Winfried Effenberg
Jürgen Rombach
Sascha Engels – Azubi-

Michaela Zentis – Schriftführerin

e) Gäste

Peter Brendel

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

A 1) Genehmigung einer Niederschrift

A 2) Jahresbericht 2005 des SKF
-Mündlicher Bericht-

- A 3) Projekt zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher einschließlich Sozial- und Bewerbungstraining
- auch mündlicher Vortrag des Herrn Brendel, Stadtteilbetrieb Esch-O
- A 4) Seniorenzentrum, Marienstr. 7;
hier: Veranstaltung „Heiligabend nicht allein“
- A 5) Die Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII;
Hier: Bericht des Sozialamtes für das Jahr 2005
- A 6) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
- A 7) Vorstellung Arbeitskonzept Integration in Eschweiler
- A 8) Vereinbarung zwischen dem Kreis Aachen und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Spitzabrechnung der „ Sozialleistungen“ im Kreishaushalt
- A 9) Anfragen und Mitteilungen

B Nichtöffentlicher Teil

- B 1) Zuschuss zu Mietkosten
- B 2) Anfragen und Mitteilungen

Sitzung

A Öffentlicher Teil

Frau Zollorsch eröffnet zunächst die Sitzung in den Räumen des SKF und begrüßt alle Anwesenden. Sie bedankt sich beim SKF für die Einladung. Da die CDU-Ratsmitglieder nicht anwesend sind, stellt sie die Beschlussunfähigkeit fest. Sie schlägt vor, dennoch die Informationen des SKF aus dem Jahresbericht zur Kenntnis zu nehmen und im Rathaus die Sitzung dann offiziell zu beginnen.

Frau Breuer begrüßt im Namen des SKF die Anwesenden und dankt für die rege Beteiligung, bedauert aber, dass nicht alle Ausschussmitglieder erschienen sind. Sie erläutert den Jahresbericht 2005 des SKF. Der SKF arbeitet derzeit mit 37 ehrenamtlichen und 6 beruflichen Mitarbeiterinnen. Außerdem werden regelmäßig Praktikanten sowie Honorarkräfte eingesetzt. Neben der Kleiderstube berät der SKF in der Familienhilfe, der Schuldner- u. Insolvenzberatung, übt Betreuungen und allgem. soziale Beratungen aus. Erschreckend sei für sie die Erkenntnis aus den Vorträgen, dass die Gewaltopfer in Eschweiler zunehmen, die Hilfe in Anspruch nehmen. Auch die Anzahl der Fälle, die Leistungsempfänger nach dem SGB II sind, ist mit 59 % sehr hoch.

Frau Rosendahl-Küpper teilte zur Schuldnerberatung mit, dass aufgrund der steigenden Fallzahlen bereits hohe Wartezeiten vorliegen. Die Wartezeit bei der Schuldnerberatung beträgt bereits 6 Monate. Darum habe man schon offene Sprechstunden angeboten, in denen aber zwischenzeitlich wegen des hohen Aufkommens der Klienten Termine vergeben werden. Auch die Schuldensummen haben sich in den letzten 10 Jahren deutlich erhöht. Schuldenrisiko birgt zwar immer noch der Verlust des Arbeitsplatzes aber auch neuerdings die Beschäftigung unter dem Existenzminimum. Die anfallenden Beratungen sind bereits jetzt von 1 Beraterin nicht mehr zu schaffen. Außerdem haben die komplizierten Vorgänge der Arge, die nicht zu verstehenden Bescheide, die zögerliche Zahlung u.ä. die Betroffenen verunsichert, so dass sie sich Hilfe suchend und damit Zeit bindend an den SKF gewandt haben.

Zur Prävention habe der SKF nunmehr im Rahmen der Schuldnerberatung ein Projekt in den 8. Schulklassen durchgeführt, das von den Sparkassen finanziert wurde.

Hierbei soll der Zahlungsverkehr usw. und die damit verbundene Schuldenvorbeugung den Schulkindern erläutert und näher gebracht werden.

Frau Leuchter teilte mit, dass die Verwaltung Finanzen des SKF schwieriger geworden ist, da der Arbeitsumfang zunehme, die Gelder jedoch weniger werden. So werde der Bereich der Schuldenberatung z. B. vom Kreis/Land und den Sparkassen- und Giroverbänden finanziert. Die Betreuungen werden über Fallpauschalen vergütet. Die SPZH wird nach Fachleistungsstunden mit dem Jugendamt abgerechnet.

Die Zuschüsse des Kreises nach den Fallzahlen, der allgemeine Zuschuss der Stadt und des Bistums reichen nicht mehr aus, die anfallenden Kosten zu decken.

Die bisherige Spendenbereitschaft hat abgenommen, Geldbußen werden auch weniger verhängt, die dem SKF zu Gute kommen und die Einnahmen aus der Kleiderstube, die eine 16 % MwSt. abführen muss, können die anfallenden Kosten nicht decken.

Der SKF ist aber mit den gleichen Geldmitteln gezwungen, die bisherigen Querschnittsarbeiten z. B. bei der Betreuung durchzuführen, da ansonsten die Zuschüsse nicht gezahlt werden und evtl. eine Aberkennung als Betreuungsverein erfolgen könnte.

Frau Breuer gab abschließend zur Kenntnis, dass zwar die Mitarbeiter motiviert sind, jedoch die Qualität der Arbeit unter der immer größer werdenden Quantität auf Dauer leiden werde. Sie bedankte sich für das rege Interesse.

Frau Zollorsch bedankte sich für die Ausführungen und die Einladung des SKF, dessen Räume in Anschluss noch eingesehen wurden.

Zur Weiterführung der Sitzung wurden dann in Raum 7 des Rathauses durch Frau Zollorsch nochmals alle Anwesenden begrüßt. Sie stellt nunmehr die Beschlussfähigkeit fest und teilt das Bedauern des SKF mit, dass nicht alle Ausschussmitglieder der Einladung gefolgt sind.

Herr Willms entschuldigt die CDU-Fraktion und bat darum, solche Termine zukünftig im Vorfeld abzustimmen.

Herr Löhmann erläutert nochmals die Vorstellung des Jahresberichtes 2005 des SKF. Als Resultat wurde der enorme Anstieg der Fallzahlen und der hohen Wartezeiten herausgestellt. Hierbei sei zu beachten, dass 59 % der Klienten ALG II-Empfänger sind. Er regt an, der Ausschuss soll nach Mitteilung des SKF über die Fallzahlen der ALG II-Empfänger über die Verwaltung an die ARGE bzgl. einer Kostendeckung heranzutreten.

Dem stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Zu Punkt A 1 der Tagesordnung

Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt A 2 der Tagesordnung

Jahresbericht 2005 des SKF- Mündlicher Bericht

Frau Zollorsch teilt unter Bezug auf den bereits erfolgten Bericht in den Räumen des SKF mit, dass für alle im kommenden Jahr der Bericht nochmals erfolgen soll.

Zu Punkt A 3 der Tagesordnung

Projekt zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher einschließlich Sozial- und Bewerbungstraining - auch mündlicher Vortrag des Herrn Brendel, Stadtteilbetrieb Esch-O

Herr Brendel stellt kurz sein Projekt vor. Mit diesem Projekt soll Jugendlichen eine Chance gegeben werden, die keine Transferleistungen erhalten aber weder eine Schule besuchen noch eine Ausbildung absolvieren. Diesen Jugendlichen wird unter Einsatz eines Anleiters eine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben. Anschließend beantwortet Herr Brendel die sich aus der Vorstellung des Projektes ergebenden Fragen.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Ausschuss folgenden ergänzten Beschluss:

Der Sozial- und Seniorenausschuss stimmt – vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Rat hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen im Rahmen der Haushaltsatzung 2007 sowie einer evtl. Kostenbeteiligung Dritter (z. B. ARGE) – der Fortführung des Projektes zur Beschäftigung arbeitsloser Jugendlicher einschließlich Sozial- und Bewerbungstraining für weitere 2 Jahre zu und beteiligt sich an den Kosten mit jährlich 35.044,80 Euro.

Die Verwaltung wird beauftragt in der Ratssitzung am 13.12.06 über das Ergebnis hinsichtlich einer Kostenbeteiligung Dritter zu berichten.

Zu Punkt A 4 der Tagesordnung

Seniorenzentrum, Marienstr. 7 hier: Veranstaltung „Heiligabend nicht allein“

Am Heiligabend wird älteren allein lebenden Bürgern die Möglichkeit geboten, einige besinnliche Stunden in der Gemeinschaft mit anderen Senioren im Seniorenzentrum, Marienstraße 7 zu verbringen. Frau Zollorsch ruft nochmals zu Spenden auf.

Der Ausschuss stimmt dem Beschluss einstimmig zu.

Zu Punkt A 5) Die Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII; Hier: Bericht des Sozialamtes für das Jahr 2005

Herr Effenberg verweist auf seine Ausführungen, die dem Ausschuss bereits vorliegen. Ergänzend weist er aber noch darauf hin, dass mit Einführung SGB XII die Aufgabenwahrnehmung bei der Stadt liegt, die Finanzierung hat der Kreis anderes als beim bisherigen Kreis Aachen Modell wieder in der eigenen Hand.

Herrn Löhmann stellte fest, dass mit der Bildung der ARGE eine große Zahl an Mitarbeiter/innen das Sozialamt verlassen haben, aber bei den derzeitigen Mitarbeiterinnen eine hohe Motivation vorhanden sei, die er lobte. Erschreckend sei für ihn die steigende Fallzahl.

Diesbzgl. wurde von Frau Kaleß der Personalbedarf angesprochen, der in 2008 durch Weggang von 2 Mitarbeiterinnen anstehe. Herr Effenberg erklärte, dass er bereits jetzt Nachfragen gestellt habe und eine Azubi, die bereits beim Sozialamt gewesen ist und ihre Tätigkeiten gut ausgeübt habe, gerne als Nachfolgerin haben möchte. Hierzu bat er um Unterstützung des Ausschusses.

Frau Zollorsch lobte die Arbeit des Versicherungsbüros und bat darum, der Niederschrift ein Organigramm des Sozialamtes beizufügen.

Zur Anfrage bzgl. der Schwerbehindertenanträge wurde auf die Klärung im Behindertenbeirat verwiesen. Danach erfolgen derzeit die Antragsaufnahme bzw. Verlängerungen im Bürgerbüro. Lediglich die Leistungsempfänger des SGB XII sowie im

Rahmen der Seniorenarbeit erfolgt die Betreuung durch das Sozialamt. Weitere Hilfe wird aber zukünftig von den Verbänden erfolgen, die ihre Hilfestellung zugesichert haben. Ansprechpartner werden in einer Broschüre des Bürgerbüros aufgenommen. Herr Koch bat um Information hierzu in der Zeitung.

Aus aktuellem Anlass erläutert Herr Effenberg noch die Regelsatzänderung zum 1.1.07. Er weist darauf hin, dass dies bereits die 8 Gesetzesänderung eines seit 1.1.05 in Kraft getretenen Gesetzes ist. Die Folge der Regelsatzänderung ist für einige von finanzieller Bedeutung, da die bisher gewährten Mehrbedarfe von den Regelsätzen abhängig sind. Dies kann in Einzelfällen zu finanziellen Verlusten führen. Im verteilten Infoblatt werden die von der Regelleistung umfassten Bedarfe aufgeführt.

Zu Punkt A 6) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Herr Rombach erläutert seinen Vortrag nochmals anhand einer Power -Point- Präsentation und stellt sich im Anschluss den gestellten Fragen.

Als schwierig wird immer noch die Vermittlung der Asylbewerber in den freien Wohnungsmarkt angesehen. Danach leben derzeit noch immer 60 Einzelpersonen in der Severinstraße und 35 Personen(Familien mit Kindern) in der Grachtstraße.

Von den insgesamt 271 Personen, die betreut werden, besteht derzeit nur noch bei 33 Personen eine Abrechnungsmöglichkeit.

Zu Punkt A 7) Vorstellung des Arbeitskonzeptes Integration

Herr Rombach verwies auf die am 23.11.06 stattgefundene Veranstaltung im Ratsaal. Aus dieser Veranstaltung heraus haben sich 93 Personen bereit erklärt, mit der Verwaltung in den Handlungsfeldern zu arbeiten und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Er wies nochmals darauf hin, dass die Integration eine Pflichtaufgabe der Städte sei.

Zu Punkt A 8) Vereinbarung zwischen dem Kreis Aachen und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Spitzabrechnung der „ Sozialleistungen“ im Kreishaushalt

Die Verwaltung wird beauftragt, die Vereinbarung zwischen dem Kreis Aachen und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg und Würselen zur Finanzierung der Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II), Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) und nach dem Gesetz zur Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen- PfGNW) sowie bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse für Investitionskosten von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen und vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen (PWG) gemäß Anlage abzuschließen.

Der Ausschuss stimmt einstimmig dem Beschluss zu.